

Ehe für alle: Der Nationalrat will lesbischen Paaren die Samenspende erlauben

Zweimal wurde die Debatte verschoben, jetzt hat der Nationalrat entschieden: Er will homosexuellen Paaren in der Schweiz die Heirat ermöglichen. Verheiratete Frauen sollen per Samenspende Kinder bekommen dürfen. Auffallend waren die vielen Ja-Stimmen aus der CVP.

In der Schweiz dürfen Homosexuelle ihre Partnerschaft zwar eintragen lassen, eine Heirat bleibt ihnen aber verwehrt. Das will der Nationalrat ändern. Er hat am Donnerstag der Ehe für alle mit einem wuchtigen Ja zugestimmt. Der Entscheid ist ein gesellschaftspolitischer Meilenstein. Das Parlament bereitet das Geschäft seit vielen Jahren vor, und dieses Jahr wurde der Entscheid bereits wiederholt verschoben: einmal wegen der Corona-Krise, das zweite Mal wegen unerwarteter Verspätungen in der Debatte.

Die meisten westeuropäischen Länder haben die gleichgeschlechtliche Ehe in den letzten zwanzig Jahren erlaubt. Unter den Schweizer Nachbarländern ging Frankreich bei der Öffnung des Ehebegriffs voraus, es folgten Deutschland und Österreich. Italien kennt wie die Schweiz nur die eingetragene Partnerschaft. Bundesrätin äusserte Bedenken wegen Abstammungsrecht
Die parlamentarische Initiative zur Ehe für alle stammt von den Grünliberalen. Die vorberatende Kommission entschied sich knapp dagegen, den Zugang zur Samenspende ebenfalls in die Vorlage aufzunehmen – das war jedoch vor den Wahlen im letzten Herbst. Seither haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Parlament verändert. Und für SP, Grüne, Grünliberale sowie die FDP ist klar: Lesbische Paare sollen Zugang zur Samenspende erhalten. Die Mitte-Fraktion, in der die CVP die stärkste Kraft ist, und die SVP sind dagegen. Im Gegensatz zur Volkspartei befürwortet die CVP grundsätzlich die Öffnung der Ehe und lehnt nur den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin ab.

Der Bundesrat unterstützt die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, empfahl dem Parlament aber, den Zugang zur Samenspende abzulehnen. Bundesrätin Keller-Sutter betonte, die Regierung stelle sich nicht grundsätzlich dagegen, dass lesbische Paare Zugang zur Fortpflanzungsmedizin erhielten. Doch dieser müsse separat geregelt werden, sagte die Justizministerin. Sie verwies auf den verfassungsmässigen Anspruch auf Kenntnis der Abstammung. SP-Nationalrat Angelo Barrile wies darauf hin, dass beispielsweise im Kanton Zürich rund jedes sechste Kind seine Abstammung nicht kennen würde. Dies sei also nicht nur ein Problem gleichgeschlechtlicher Eltern. Die Bundesrätin anerkannte dies. Und sie betonte, es sei klar, dass sich lesbische Paare ihren Kinderwunsch heute bereits

im Ausland erfüllten, wobei das Recht der Kinder, beide Eltern zu kennen, ebenfalls nicht gewährleistet werden könne.

Auf die Frage, ob die Ehe für alle dem Kindeswohl nicht zuwiderlaufe, erwiderte Keller-Sutter, entscheidend sei die Liebe, die ein Kind von seinen Eltern erhalte, und nicht etwa, welches Geschlecht die Eltern hätten.

Befürworter forderten echte Gleichstellung

Die Befürworter der Samenspende betonten, das Parlament dürfe keine zwei Klassen von Ehen schaffen, sondern müsse nun endlich Gleichstellung für alle Paare ermöglichen. Die Grünliberale Kathrin Bertschy argumentierte, es gebe keine Frage, die nicht schon geregelt worden sei, als die Samenspende für heterosexuelle Paare erlaubt worden sei. Man könne dem Ideal der traditionellen Familie nachtrauern, obwohl sie persönlich dies nicht tue. Doch: «Was wir nicht tun dürfen, ist, juristische Ausreden zu suchen, um Diskriminierungen zu rechtfertigen», betonte Bertschy. Sie hatte die parlamentarische Initiative zur Ehe für alle vor sieben Jahren eingereicht. Die SVP hingegen sieht ein Ja zur Samenspende als «gesellschaftlichen Tod» des Vaters. SVP-Nationalrat Yves Nidegger sagte, die Biologie wolle es so, dass ein Kind aus einem Samen und einer Eizelle entstehe. Dagegen könnten auch Juristen nichts sagen. Daher müsse der biologische Vater immer auch rechtlich gesehen der Vater sein. Denn drei Elternteile könne man nun einmal nicht haben. Derweil stellte der Sprecher der Mitte-Fraktion klar: Integriere der Nationalrat die Samenspende in die Vorlage, lehne die Mitte die Ehe für alle als Gesamtpaket ab.

In der Gesamtabstimmung nahmen die Nationalrätinnen und Nationalräte die Ehe für alle – inklusive Samenspende für lesbische Paare – mit 132 Ja-Stimmen zu 53 Nein-Stimmen bei 13 Enthaltungen an.

Bei der CVP scherten Junge und Frauen aus

Das deutliche Resultat verriet es: Die Mitte-Fraktion war längst nicht so geeint, wie dies aufgrund des entschlossenen Votums gegen die Samenspende hätte vermutet werden können. Zehn ihrer Parlamentarier unterstützten die Ehe für alle. Zwei der Ja-Stimmen kamen aus der BDP, der Rest aus der CVP. Auffallend war, dass sich bei den Christlichdemokraten ausschliesslich Junge und Frauen für die gleichgeschlechtliche Ehe aussprachen. Weitere zwei CVP-Nationalräte enthielten sich. In der SVP gab es ebenfalls zehn Abweichler sowie diverse Enthaltungen. Auch die Wähler der beiden Parteien sehen die Samenspende für lesbische Paare nicht alle kritisch. Zwar war bei einer Umfrage im letzten Herbst noch immer eine knappe Mehrheit der SVP- und CVP-Sympathisanten dagegen oder eher dagegen, dass lesbische Paare Zugang zur Fortpflanzungsmedizin erhalten. Doch das Resultat ist längst nicht mehr so deutlich wie vor einigen Jahren.

Mehrheit der Bevölkerung befürwortet auch Samenspende für lesbische Paare

Damit die Ehe für alle in der Schweiz eingeführt wird, muss ihr auch noch der Ständerat zustimmen. Dort dürfte es deutlich knapper werden als im Nationalrat. Denn die CVP ist in der kleinen Kammer stärker und vermutlich auch geeinter. Sie kann als «Mehrheitsmacherin» agieren. Zudem könnte es sein, dass es in der FDP einige Abweichler geben wird, die das Nein-Lager unterstützen. Im Nationalrat war dies nicht der Fall: Abgesehen von einer Enthaltung stimmten alle freisinnigen Nationalrätinnen und Nationalräte für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Sollte die Vorlage durchs Parlament kommen, hat die EDU bereits angekündigt, das Referendum zu ergreifen. Aufgrund der grossen Zustimmung in der Bevölkerung dürfte dieses jedoch kaum Chancen haben.